

Privatschüler tragen die Bildung zu Grabe

Landesweite Großdemonstration für Erhöhung der Zuschüsse

VON JULIANE BAUMGARTEN

STUTTGART. Etwa 20 000 Schüler, Eltern und Lehrer haben am Dienstag in Stuttgart gegen gekürzte Zuschüsse der Landesregierung für Privatschulen demonstriert. Sie verlangen, die Zuschüsse an freie Schulen auf 80 Prozent der Kosten anzuheben.

Vier Schüler der freien Waldorfschule Schwäbisch Gmünd tragen einen Sarg aus schwarz bemalten Holzplatten. Die Gruppe ist dunkel gekleidet. Sie erinnert an einen Trauerzug. „Das ist ganz bewusst“, erklärt ihr Lehrer Thomas Haas, „wir tragen unsere Schule und damit die Bildung zu Grabe.“ Diesen Spruch haben die Schüler auf ein großes Transparent gepinselt, das sie in der Luft schwenken.

Aber nicht nur aus Schwäbisch Gmünd sind viele Schüler angereist. Aus ganz Baden-Württemberg hat es die Schülerschaft an diesem Dienstagvormittag in die Landeshauptstadt gezogen. „Schließlich geht es um unsere Zukunft“, ruft eine Schülerin aus Freiburg empört. Sie fordern von der Landesregierung, die finanzielle Förderung von Schulen in freier Trägerschaft bis 2011 auf 80 Prozent der Kosten für staatliche Schüler anzuheben.

Im Bereich des Regierungsbezirks Nordwürttemberg gibt es neben 1480 öffentlichen Schulen etwa 450 Privatschulen mit zusammen 645 000 Schülern. Allein 220 Privatschulen mit 65 000 Schülern gibt es in der Region Stuttgart.

Die Kostenübernahme von 80 Prozent für Privatschulen hatte die Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung 2006 zugesichert. Umgesetzt wurde sie bislang nicht, ärgert sich Sonja Spohn, die Schulleiterin des

Evangelischen Mörrike-Gymnasiums in Stuttgart. Sie rechnet die Zahlen vor: So kostet ein Schüler an einem staatlichen Gymnasium pro Schuljahr 5337 Euro. Ein Gymnasium in freier Trägerschaft bekomme dagegen lediglich 4100 Euro vom Land. Damit nicht genug: Der städtische Zuschuss, der bislang bei 349 Euro lag, wird nun ebenfalls gekürzt auf 262 Euro. Die Kluft wird immer größer. „Unsere Schüler sind keine Landeskinder zweiter Klasse“, empört sich Spohn.

Vor etwa sechs Jahren hat das Mörrike-Gymnasium Schulgeld eingeführt. „Begonnen haben wir mit 15 Euro im Monat, inzwischen sind wir bei 100 Euro“, erzählt Spohn. Für alle seien es finanziell schwierige Zeiten, deswegen dürfe der Zugang zu Bildung aber noch lange nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Besonders die Lehrer an den Waldorfschulen sehen schweren Zeiten entgegen. Denn nicht nur das Schulgeld müsse erhöht, sondern auch die Lehrergehälter gekürzt werden, erklärt Helga Schmidt, Französischlehrerin an der Waldorfschule in Aalen. In den letzten beiden Jahren wurde ihr Lohn bereits um sechs Prozent gekürzt. „Wir fühlen uns von der Landesregierung im Stich gelassen“, so die Pädagogin.

Die 17-jährige Schülerin Kim erinnert an die Zusagen vonseiten der Politik: „Versprechen muss man halten.“ Deshalb müssten die 80 Prozent unbedingt umgesetzt werden. Das dem leider nicht so ist, weiß Thomas Weinmann, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (AGFS): „Wir liegen bei allen Schultypen unter 80 Prozent. Und wenn sich nichts ändert, wird es nach unseren Hochrechnungen 2011 keine Schule mehr geben, die 70 Prozent Förde-



Machtvolle Demonstration in der Stuttgarter Innenstadt

Fotos: Frank Eppler

rung bekommt.“ Zudem ärgert ihn, dass die Landesregierung für die „Qualitätsoffensive Bildung“ offenbar 530 Millionen Euro zur Verfügung hat, die freien Träger davon aber „keinen Euro erhalten“.

Auch politische Prominenz aus dem Land hat sich dem Protestzug in Stuttgart angeschlossen. Die Landtagsabgeordneten Norbert Zeller von der SPD und Renate Rastätter von den Grünen wollen ihre Solidarität mit den Demonstranten zeigen. Von CDU und FDP ist niemand gekommen.

„Das ist ein Armutzeugnis für die Landesregierung, dass sie ihre Versprechen nicht einhält“, sagt Zeller, der Vorsitzende des Schulausschusses im Landtag. Er fordert einen verbindlichen Stufenplan, mit der Perspektive, die Zuschüsse in den nächsten drei bis fünf Jahren anzuheben. Seine Fraktion bringe das am nächsten Donnerstag im Landtag ein.

Die Grünen wollen sogar einen Schritt weitergehen. „Wir bringen einen Haushaltsantrag in die Beratungen des Doppelhaushalts 2010/11 ein“, sagt Renate Rastätter, die schulpolitische Sprecherin der Grünen. Damit beantragen die Grünen zusätzliche Mittel in Höhe von 27,5 Millionen Euro in den nächsten zwei Jahren. „So setzen wir die Regierungsfractionen unter erheblichen Druck, denn hier muss etwas passieren“, sagt Rastätter.

„Freie Schulwahl wird ohne freie Finanzierung zur Farce“, sagt Stefan Schmid, Vertreter der Eltern an Schulen in Freier Trägerschaft in Baden-Württemberg und Mitglied des Landeselternbeirats. „Sind wir Schüler zweiter Klasse?“, fragt Nikolas Klausner, Schülervertreter der AGFS. Nein, das sind wir nicht, ruft der engagierte Schüler der Politik zu. Hoffentlich hat sie ihn auch gehört.